

Stellungnahme zur Beschlussvorlage für den Finanzausschuss am 17.11.2015,
EU-Richtlinie zur E-Rechnung; Umsetzung bei der Landeshauptstadt München; Ressourcen
zur Initiierung eines Vorprojekts (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04185)

I. An die Stadtkämmerei - GL

Im Mai 2014 beschloss die EU eine neue Richtlinie über die elektronische Rechnungstellung bei öffentlichen Aufträgen. Gemäß den gesetzlichen Fristen zur Umsetzung der EU-Richtlinie ist die LHM verpflichtet die E-Rechnung einzuführen.

Dabei ist damit zu rechnen, dass das Projekt den Umfang eines Großprojektes mit stadtweiten Auswirkungen und einer sehr kurzen Umsetzungsfrist annehmen wird.

Das IT-Vorhaben verursacht in der Stadtkämmerei einen erheblichen Aufwand, der mit vorhandenem Personal auf Grund der Einbindung in stadtweite Großprojekte (z.B. cafm) nicht abgedeckt werden kann.

Für das Projekt, das bis Ende 2020 angelegt ist, werden daher von Seiten der Stadtkämmerei eine zusätzliche VZÄ für eine fachliche Teilprojektleitung im Kassen- und Steueramt sowie eine VZÄ für eine IT-Projektleitung im dIKA-MKRw benötigt. Diese Stellen sollen befristet bis zum 31.12.2020 (Projektabschluss) eingerichtet werden.

Des Weiteren soll eine Stelle für einen Fachanalysten im dIKA-MKRw dauerhaft eingerichtet werden.

Begründet wird dies von Seiten der Stadtkämmerei mit Erfahrungswerten aus anderen stadtweiten IT-Projekten mit ähnlich großem Umfang (z.B. cafm, PSCD etc.). Eine Stellenbemessung nach dem stadtweit gültigen Leitfaden für Stellenbemessung liegt nicht vor.

Es erscheint jedoch auf Grund der zu erwartenden Größe des Projektes und des engen zeitlichen Rahmens zur Umsetzung innerhalb der gesetzlichen Fristen für plausibel, dass die zusätzlichen Kapazitäten sowohl im Fachbereich als auch im dIKA-MKRw bis zum Projektabschluss benötigt werden. Gerade in der Stadtkämmerei als Querschnittsreferat sind bereits viele Kapazitäten in stadtweiten und zeitlich kritischen IT-Projekten gebunden. Einer dauerhaften Einrichtung einer Stelle für einen Fachanalysten kann auf Grund der fehlenden Stellenbemessung jedoch nicht zugestimmt werden, da keine Aussage über die Dauerhaftigkeit der Tätigkeit getroffen werden kann.

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt daher **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig in diesem Zusammenhang geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu.

Die befristete Einrichtung von jeweils einer zusätzlichen Kapazität im dIKA-MKRw sowie im Kassen- und Steueramt bis Projektende (31.12.2020) erscheint grundsätzlich plausibel.

Der zusätzliche dauerhafte Stellenbedarf in Höhe einer VZÄ im dIKA-MKRw erscheint zwar dem Grunde nach nachvollziehbar, ist aber noch exakt zu bemessen, da derzeit keine

Bemessung nach städtischen Standards vorliegt. Die zusätzliche Stellenkapazität ist deshalb zunächst **bis zum Projektende zu befristen** und der tatsächliche Bedarf ist in diesem Zeitraum zu evaluieren.


Wir bitten den Vortrag wie folgt zu ergänzen:

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

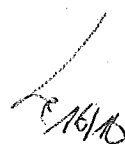

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.


Dr. Böhle


19/10


18/10

18/10
18/10